



Der Geschäftsführer

Stephensonstraße 4
14482 Potsdam

Telefon: 03 31 / 7 43 51-0

Telefax: 03 31 / 7 43 51-33

eMail: mail@stgb-brandenburg.de

Internet: <http://www.stgb-brandenburg.de>

Datum: 2005-02-21

Aktenzeichen: 602-02

Auskunft erteilt: Jens Graf

Datei: 602-02 Orientierungspunkte 20052221 IV.doc

Orientierungspunkte zum demografischen Wandel im Land Brandenburg

1. Der demografische Wandel und die daraus abzuleitenden Konsequenzen für die Landes- und Kommunalentwicklung sowie die Lebensverhältnisse sind der Bevölkerung in aller Deutlichkeit zu vermitteln. Dem Land wird empfohlen, gemeinsam mit den Kommunen und anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen in der breiten Öffentlichkeit den Dialog über ein neues, auf die geänderte Situation abgestelltes, positives Leitbild zu eröffnen („Demografie-Dialog“). Die demografischen Herausforderungen können nur in einer neuen Partnerschaft geschultert werden.
2. Das Land wird gebeten, Bevölkerungsprognosen für Land, Landkreise, Städte, Gemeinden und Ämter, die zahlreichen vorhandenen wissenschaftlichen Untersuchungen und „best practice“ Beispiele zur Unterstützung des Dialogs und als Argumentationshilfen in einem gebündelten Internetangebot („Demografie-Portal“) allgemein zugänglich zu machen.
3. Dabei ist anzuerkennen, dass die Ursachen der gegenwärtig feststellbaren demografischen Entwicklung (zu niedrige Geburtenrate, fehlende Arbeitsplätze) allenfalls mit den Instrumenten des Bundes oder der Länder langfristig korrigiert werden können. Kommunen können mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln den allgemeinen demografischen Trend weder stoppen noch umkehren. Sie können zwar punktuell auf die Binnenwanderung Einfluss nehmen, eine ansiedlungsfreundliche und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie

ermöglichende Politik betreiben, sind aber ansonsten darauf beschränkt, Anpassungsstrategien zu entwickeln. Dabei bleiben sie – wie die Bewältigung des Stadumbaues belegt – auch auf finanzielle Unterstützung von Bund und Land angewiesen. Außerdem müssen ihre Handlungsmöglichkeiten erweitert werden.

4. Die Städte, Gemeinden und Ämter werden aufgefordert, den Demografie-Dialog über die aus den örtlichen Bevölkerungsprognosen zu ziehenden Konsequenzen und die sich wandelnde Gesellschaft auf örtlicher Ebene – speziell auch in ihren Vertretungskörperschaften - zu eröffnen oder vertieft weiterzuführen.
5. Planungen und Infrastrukturangebote des Landes und der Kommunen sind frühzeitig vor dem Hintergrund der geänderten Bevölkerungszahl und -struktur im Dialog mit den Betroffenen zu überprüfen („Demografie-Check“) und regelmäßig fortzuschreiben.
6. Speziell in strukturschwachen Räumen ist zur Sicherung eines örtlich zu definierenden stationären grundversorgenden Infrastrukturangebotes die interkommunale Zusammenarbeit und fachübergreifende Kooperation privater und staatlicher Akteure auszubauen und zu erleichtern.
7. Um den Herausforderungen der Anpassung der Infrastruktur an die geänderten demografischen Bedingungen mit lokal angepassten Lösungen begegnen zu können, sind die örtlichen Entscheidungskompetenzen der Städte, Gemeinden und Ämter spürbar auszuweiten und mit die Städte, Gemeinden und Ämter entlastender Entbürokratisierung zu verbinden.
8. Die notwendige weitere Anpassung der Verwaltungsstrukturen auf allen Ebenen darf u.a. zur Vermeidung unnötiger Investitionen nicht weiter hinausgeschoben werden.

(Beschlossen vom Präsidium des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg am 21. Februar 2005)